

Wenn Sie Fragen haben

Drei neue Gesichter, aber alles bleibt beim alten

Die Erklärung, die der neue westdeutsche Bundeskanzler Erhard am 18. Oktober vor dem Bundestag gab, zeigt davon, daß die gegenwärtig in Westdeutschland herrschenden Kräfte keine Konsequenz aus dem Scheitern der sturen, revanchistischen Politik Adenauers ziehen, sondern allen Realitäten und Vernunftgründen zum Trotz die abenteuerliche, friedensfeindliche und antinationale Politik Adenauers fortsetzen wollen.

Erhard erklärte zwar in seiner Rede, „in einer sich bewegenden Welt“ dürfe die Bundesrepublik „nicht erstarrten“, jedoch macht man in seiner Regierungserklärung wieder einmal nach der erforderlichen Neuorientierung der westdeutschen Politik, die den Realitäten und dem Kräfteverhältnis unserer Zeit Rechnung trägt. Alle, die das glaubten, Erhard werde aus dem Scheitern der Politik Adenauers ernsthafte Schlussfolgerungen ziehen, werden durch Erhard enttäuscht.

„Wird sich mit Ludwig Erhard als westdeutschem Kanzler auch die Politik der Bundesregierung ändern?“

E. S. Math. Nat. Fakultät

In der Bonner Regierung sind drei neue Gesichter aufgetaucht, aber sonst soll alles offensichtlich beim alten bleiben. Mit der Politik, wie sie in der Regierungserklärung dargelegt ist, wird keine der außenpolitischen und innenpolitischen Fragen gelöst, die die westdeutsche Bevölkerung beunruhigen und ihr das Leben schwermachen. Erhard konnte nicht an der Feststellung vorbeigehen, seine Amtsübernahme falle „in eine weltpolitische Phase, in der sich Veränderungen im West-Ost-Verhältnis abzeichnen“. Er machte auch eine Bemerkung über die Notwendigkeit, den kalten Krieg

zu beenden und an „Teilmaßnahmen“ der Abrüstung mitzuwirken. Aber außer diesen paar Lippenbekenntnissen zur Entspannung, die offensichtlich dazu dienen sollen, die zunehmende außenpolitische Isolierung Bonnens zu durchbrechen, findet man in der Erklärung Erhards die alten Leitsätze der Bonner Ultras und Revanchisten wieder.

Kein Wort über einen westdeutschen Beitrag zur Abrüstung und Entspannung, kein Wort der Vernunft über das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Im Gegenteil, Erhard legte ein ausdrückliches Bekenntnis zur antinationalen NATO-Politik ab und forderte mit Nachdruck die forcierte atomare Aufrüstung Westdeutschlands im Rahmen der sogenannten multilateralen Atomstreitmacht der NATO. Erhard übernahm in sein Programm die revanchistischen Grenzforderungen gegenüber Polen und der CSSR und forderte die Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1937.

Gegenüber der DDR fiel dem neuen Regierungschef in Bonn nichts anderes ein, als die abgedroschenen Phrasen der Verleumdung und der Provokation seines Vorgängers; völlig übernahm er auch dessen bankrott gegangene Politik der Revanche gegenüber der DDR. Auch eine friedliche Regelung der Westberlinerfrage – diese Frage gehört allerdings gar nicht in die Kompetenz eines Bonner Regierungschefs – lehnte er rundheraus ab. Wie sein Vorgänger erklärte er Westberlin zu einem Teil der Bundesrepublik, obwohl selbst die Westmächte daran festhalten, daß dies nicht den Tatsachen und den getroffenen Abkommen entspricht. Schließlich machte sich Erhard die These der Revanchisten völlig zu eigen, daß es keine internationale Entspannung geben darf, wenn nicht gleichzeitig Zug um Zug die revanchistischen Pläne der Bonner Militaristen verwirklicht werden.

Die „nach innen und außen weltweit orientierte“ Politik der Bundesregierung läßt sich kurz so zusammenfassen:

Fortsetzung der immer weniger Erfolg zeitigenden Versuche, die Verbündeten Bonnens in revanchistische Abenteuer hineinzuziehen;

verstärkte Weiterführung der neokolonialistischen Ausbeuterpolitik, die mit massiven politischen Drohungen verbunden wird (allein mit der Veränderung der ökonomischen Faktoren geben wir uns in jenen Ländern nicht zufrieden);

und Nachjagen der illusionären Spekulation, den westdeutschen Imperialisten sei es gegeben, die sozialistische Völkergemeinschaft aufzuspalten.

Die Gegensätze in allen Bonner Parteien über den weiteren Kurs der Politik werden keineswegs aufgehoben; die Regierung Erhard wird sich den Realitäten der Entwicklung in Deutschland und in der Welt stellen müssen. Stabilität und Sicherheit für Westdeutschland wird es nur geben, wenn in Bonn an Stelle der Politik der Revanche eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Verständigung gesetzt wird.

Entwicklungen unserer Industrie



Noch dem Erlaß des Staatshaushalts für den Wirtschaftsjahr 1964 wird die industrielle Bruttowertschöpfung gegenüber 1963 auf 103,7 Prozent ansteigen und für 4,8 Mrd. DM mehr Werte geschaffen als im laufenden Jahr. Die Arbeitsproduktivität in der Industrie soll sich um mindestens 6,5 Prozent erhöhen, wobei in Betrieben solcher führenden Industriezweige wie der Chemie eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 7,7 Prozent und der Elektroindustrie um 7,4 Prozent vorgesehen ist.

Auch im Studium vollauf berechtigt

Der richtig organisierte Wettbewerb von Mann zu Mann ist ein außerordentlich wichtiges Bindeglied zwischen den gesellschaftlichen und den persönlichen Interessen der einzelnen, weil jeder einzelne das moralische und materielle Interesse dazu inspiriert wird, höchste Leistung zu vollbringen. Ein Beispiel aus dem Bereich des Studiums soll das veranschaulichen.

Da in der LPG Herzberg, Kreis Beesdalen, mit der Vollrentemaschine gerodet wurde, gab es anfangs Schwierigkeiten bei der Organisation des Wettbewerbs. Diese Schwierigkeiten resultierten vor allem aus der Tatsache, daß in den ersten Tagen die Leistungen global erfaßt, abgerechnet und verglichen wurden. Dabei waren wir nicht in der Lage, täglich oder auch über einen längeren Zeitraum genau zu sagen, welcher Student der beste war.

Wird durch die Arbeitsweise der Vollrentemaschine die Menge der nachzuweidenden Kartoffeln bestimmt wird, meinungslos eine Abrechnung der Einzelleistungen sei nicht zweckmäßig. Jedesmal, wenn die Maschine wendet oder eine Harke hat, sind dann wesentlich mehr Kartoffeln nachzuweiden, als bei normalem Vordringen der Arbeiten. Die Folge dieser „Wettbewerbspolitik“ war, daß einige Freunde ständig damit beschäftigt waren, nachzuweiden, daß sie zuviel tun müßten im Verhältnis zu den anderen, daß ihr Stück zu groß sei, auf dem sie nachlesen müßten.

Wohlgemerkt, wir dem gleichzeitig mit den verschiedenen Argumenten aufgetretenen Problem in Qualitätsfragen durch die Vergabe von Qualitätsprämien zu Leibe rücken versuchten (für die Freunde, die am saubersten gelesen hatten), konnte man von Wettfeiern um beste Leistungen nichts spüren.

Ein weiteres – schlagartig sichtbar wer-

„Schädigt nicht der Wettbewerb von Mann zu Mann das Kollektiv und erzieht zu Egoisten?“

D. S. Medizinische Fakultät

Eine völlig neue Situation trat ein, als wir begannen, die Leistungen der einzelnen genau zu erfassen und danach zu prämiieren. Nach eingehenden Beratungen waren wir zu der Auffassung gelangt, daß es trotz unterschiedlicher Kartoffelmengen durch die Arbeitsweise der Kombiine richtiger ist, die Einzelleistungen zu erfassen. Das Grundmotiv unserer Gedanken war dabei: Es geht ja um die schnelle verlustlose Bergung der Kartoffeln, selbst wenn der eine oder andere durch „glückliche Umstände“ einen Korb mehr hat.

Bereits nach den ersten Stunden begann der lebhafteste Wettstreit um die begehrten „Marken“. Diesen moralischen Anreiz schloß sich eine richtige materielle Interessierung hinzu. Jeden zweiten Tag erhielten von nun an die drei besten eine Zusatzprämie in Höhe von 5, 3 und 2 DM zur gesetzlich festgelegten von 0,70 DM je nachgelesener dt. Diese Zusatzprämierung wurde öffentlich vorgenommen und gleichzeitig öffentlich die Freunde benannt, die die niedrigsten Tagesergebnisse hatten.

Darüber hinaus wurden von der LPG für die Besten der Woche 50 DM zur Prämierung zur Verfügung gestellt. Interessant ist, daß die Freunde, die bisher über so lange Pargellen diskutiert hatten, jetzt dazu gar keine Zeit mehr erübrigen konnten und zum anderen sorgsam darauf bedacht waren, daß der Wettbewerbspartner ja nicht über die angegebene Grenze hinaus Kartoffeln las.

Ein weiteres – schlagartig sichtbar wer-

Aggression der Monopole

„Welches sind die Hintergründe des marokkanisch-algerischen Grenzkonflikts?“

Der marokkanisch-algerische Grenzkonflikt geht um den Raum von Tindouf, in dem sich schätzungsweise drei Milliarden Tonnen besten Eisenerzes befinden und in dem auch Erdöl steckt. Unter den imperialistischen Staaten, die sich in Tindouf engagiert haben, befindet sich auch Westdeutschland. Die Ausbeutung ist in dem „Bureau des recherches minieres“ zusammengefaßt, mit dem die Ferrostaal AG, Essen, verbunden ist, die wiederum das Handelsunternehmen des Haniel-Konzerns darstellt. Die „Wintershall AG“ hat mit der „Preussag“ (Preussische Bergwerk- und Hütten-AG) eine gesonderte französische Filiale, die „Junipetrol“, zur Ausbeutung des Tindouf-Oies gegründet. Der Großaktionär bei der „Preussag“ ist der Bonner Staat. Der Raum von Tindouf ist von den einzigen Verbindungswegen zwischen Marokko und Mauretanien durchzogen und ist somit für jene Unternehmen von Bedeutung, die die reichen Erzvorkommen Mauretaniens ausbeuten. An der „Miferma“ ist neben französischen, englischen und italienischen Firmen auch der westdeutsche Thyssen-Konzern beteiligt. Die ausländische Aggression gegen Algerien verfolgt das Ziel, die progressive Entwicklung Algeriens zu hemmen und den Tindoufraum unter den für die Imperialisten „weniger gefährlichen“ Einfluß der marokkanischen Monarchie zu bekommen.



Die Volksrepublik China und das sozialistische Lager

„Gehört die Volksrepublik China noch zum sozialistischen Lager?“

H. K. Philosophische Fakultät

Die Tatsachen zeigen, daß die gegenwärtige Politik der Führer der chinesischen Volksrepublik der Generallinie der gesamten kommunistischen Weltbewegung, wie sie in der Moskauer Erklärung von 1960 mit Einschluß der KPCh richtig festgelegt wurde, zuwiderläuft. Die Auswirkungen dieser Politik der chinesischen Führer finden nicht zuletzt ihren Niederschlag im Rückgang und in der Unterbindung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen China und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft.

Anstatt die Völker im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Friedens zu unterstützen und mitzuhelfen, Voraussetzungen zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen zu schaffen, sucht die Regierung der VR China mit ihrer Politik „alles oder nichts“ die Völker zu verwirren und lähmt damit objektiv deren Kampf um die Verhinderung eines thermonuklearen Krieges. Anstatt die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen, geht die Führung der KP Chinas den Weg der Spaltung der marxistisch-leninistischen Parteien, wobei sie sich vornehmlich von der revolutionären Arbeiterbewegung verurteilt und ausgestoßener opportunistischer und trotzkistischer Gruppierungen bedient. Gleichzeitig damit übertragen die Führer der KPCh ihre Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung auf die staatlichen Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, greifen zu Beschimpfungen ihrer Repräsentanten und unverhüllt feindlichen Aktionen gegenüber der Sowjetunion, versuchen, unter den sozialistischen Ländern Zwietracht zu stiften. All das schwächt nicht nur die Einheitsfront des Kampfes gegen den Imperialismus, sondern schädigt unmittelbar die Einheit des sozialistischen Lagers.

Dessen ungeachtet kann man die Volksrepublik China nicht einfach aus dem Sozialismus „exkommunizieren“. Im Gegenteil, die marxistisch-leninistischen Parteien und die Regierungen der übrigen sozialistischen Länder werden alles tun, um anknüpfend an das Gemeinsame – den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft –, die bestehenden Meinungsver-

schiedenheiten zu überwinden und die Einheit mit Volkschina auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus sowie des proletarischen Internationalismus zu festigen.

Für China gilt das gleiche, was im „Offenen Brief des ZK der KPdSU“ bezüglich Jugoslawiens und Albanien gesagt wurde. Auch in der VR China haben sich seit langem die sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Zweigen der Volkswirtschaft durchgesetzt und selbst in den Gebieten der nationalen Minderheiten einen großen Sieg errungen. Die Ausbeuterelassen in Stadt und Land wurden gänzlich beseitigt, indem nicht nur die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, sondern ebenso die der Betriebe der nationalen Bourgeoisie und des Handwerks abgeschlossen wurde. Eine umfassende kulturelle und technische Revolution räumte mit dem jahrhundertalten Analphabetentum auf und legte den Weg frei für die volle Entfaltung aller schöpferischen Fähigkeiten der Volksmassen. Eine im Befreiungskampf sowie in vierzehnjähriger friedlicher und heroischer Aufbauarbeit erprobte Arbeiterklasse schuf in engem Bündnis mit den Bauern und anderen demokratischen Kräfte – gestützt auf die uneigennütige Hilfe der Bruderländer – entscheidende Voraussetzungen für die Schaffung eines glücklichen, die Früchte der friedlichen Aufbauarbeit und der sozialistischen Gesellschaftsordnung nutzenden Chinas. Das alles besagt, daß die VR China nach wie vor untrennbarer Bestandteil des sozialistischen Lagers ist. Für die Völker des sozialistischen Lagers gilt das gleiche, was N. S. Chruschtschow über das Verhältnis des Sowjetvolkes zum chinesischen Volk gesagt hat: Die Völker der sozialistischen Länder stehen zum chinesischen Volk wie zu einem Bruder, Freund und Bundesgenossen. Dieses brüderliche Verhalten zum chinesischen Volk bleibt unverändert.

Mögen die chinesischen Führer begreifen, daß sie ihrem eigenen Volk und der Sache des Sozialismus schaden, wenn sie sich in ihrer Politik von den bewährten Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus abwenden.

Dr. phil. W. Loh

schreiben Sie der UZ